

Sondierungspapier von CDU, CSU und SPD zur Aufnahme Koalitionsverhandlungen

Positionen der Diakonie Deutschland

Grundsicherung

Es besteht ein starker Widerspruch zwischen der Abschaffung des Vermittlungsvorrangs einerseits und dem Ziel einer besseren Arbeitsmarktintegration durch Förderung andererseits. Bildungsmaßnahmen wirken langfristig und stehen kurzfristigen Vermittlungszielen mitunter entgegen. Entscheidend wird sein, ob Jobcenter hier selbst abwägen können oder starre Vorgaben es schwer machen, dem Einzelfall gerecht zu werden.

Einfachere Zuverdienstmöglichkeiten sind nicht genannt, wie sie das Diakonie-Modell der Sozialdividende vorschlägt. Bei dieser wird ein festes staatliches Existenzgeld, das zu Monatsanfang gezahlt wird, mit einer neuen Steuerklasse kombiniert. Die dadurch erzielte Nettoförderung schmilzt mit steigendem Einkommen langsam ab; das zu Monatsanfang gezahlte Existenzgeld bleibt aber immer gleich hoch und verlässlich.

Förderungen der Teilhabe durch Arbeit haben sich in den vergangenen Jahren als sehr effektiv erwiesen, sind aber seit der Haushaltssperre des Vorjahres faktisch ausgelaufen. Hierfür sind sichere Mittelzuweisungen und die entsprechende Ausgestaltung der Jobcenter nötig.
(https://www.diakonie.de/diakonie_de/user_upload/diakonie.de/PDFs/BTW_Existenzsicherung_neu_denken_final_2021-03-25.pdf)

Soziale Sicherung für Kinder und Familien

Familienleistungen müssen zentral und unbürokratisch beantragt werden können - das ist auch eine Forderung der Diakonie Deutschland. Bisher ist die Familienförderung durch ein Dickicht teils widersprüchlicher rund sich überlappender Leistungen gekennzeichnet. Um alle ihnen zustehenden Leistungen zu erhalten, müssen Familien mehrere Anträge auf unterschiedliche Leistungen stellen. Das ist kompliziert und häufig schwer zu bewältigen und führt dazu, dass über die Hälfte der Leistungsansprüche gar nicht eingelöst werden. Die Diakonie schlägt vor: ein Antrag, ein Bescheid. Die Antragsprüfungen und -verrechnungen der unterschiedlichen Leistungen sollten zwischen den entsprechenden Ämtern direkt vorgenommen werden – am Ende sollte dann genau eine Zahlung mit genau einem Bescheid über das Gesamtpaket stehen.

Migration

Aus Sicht der Diakonie Deutschland ist der Ansatz richtig, dass es Investitionen bedarf, um Integration zu fördern. Die derzeitige Fokussierung auf Rückführungsinitiativen für eine kleine Gruppe von Ausreisepflichtigen vernachlässigt die Notwendigkeit effizienter Verwaltungsverfahren und zivilgesellschaftlicher Unterstützungsstrukturen

Diakonie Deutschland
Evangelisches Werk für
Diakonie und Entwicklung e.V.
Caroline-Michaelis-Straße 1
10115 Berlin

Berlin, März 2025

vor Ort. Notwendig ist, das Engagement und die Angebotsstruktur der Zivilgesellschaft wie die Sprachkurse und die Migrationsberatung zu fördern, damit Menschen bedarfsgerecht unterstützt werden, um gut und schnell in der Mitte der Gesellschaft anzukommen.

Das Ziel irreguläre Migration zu begrenzen, kann nur erreicht werden, indem sichere und legale Zufluchtswegen auch nach Deutschland und Europa geschaffen werden. Deutschland muss dafür seine Aufnahmeprogramme von Bund und Ländern aufrechterhalten und ausbauen, keinesfalls beenden, wie es nun geplant ist. Dazu gehört neben dem Familiennachzug zu Schutzberechtigten vor allem auch das UNHCR-Resettlementverfahren und die sehr erfolgreichen Länderaufnahmeprogramme zu Verwandtennachzug mit Verpflichtungserklärungen.

Der Familiennachzug leistet einen wichtigen Beitrag, dass Menschen schneller Fuß fassen und sich langfristig in die Gesellschaft einbringen können. Davon profitieren alle.

Pflege

Noch vor der großen Pflegereform müssen zur wirtschaftlichen Absicherung der Pflegeeinrichtungen müssen Pflegesatz- und Vergütungsverhandlungen vereinfacht und beschleunigt werden. Als Sofortmaßnahme gegen den Personalmangel fordert die Diakonie die Verabschiedung des Pflegeassistenzgesetzes mit einer 18-monatigen Ausbildung noch in diesem Frühjahr/Frühsummer. Auch das Pflegekompetenzgesetz sollte zügig umgesetzt werden, um die Potenziale des Pflegeberufes besser zu nutzen und die Pflege attraktiver zu machen. Darüber hinaus sind weitere Maßnahmen zur Gewinnung ausländischer Pflegekräfte erforderlich, wie z.B. Unterstützung beim Spracherwerb, Vereinheitlichung der Anerkennungsverfahren und standardisierte Anpassungslehrgänge. Ein besonderes Augenmerk sollte auf die Gewinnung von Auszubildenden aus dem Ausland sowie von bereits in Deutschland lebenden Flüchtlingen und Migranten gelegt werden.

Familien, Kinder und Frauen

Mit Blick auf die wenigen Punkte, die Maßnahmen für Familien, Kinder oder Frauen betreffen, bleibt vieles vage formuliert. Wenige Einzelmaßnahmen wie die Wiedereinführung von Sprach-Kitas, Familienbudget oder die Absicht, das Startchancen-Programm fortzuführen ersetzen nicht die entschiedene Weiterarbeit an grundlegenden Reformprozessen und Entwicklungen. Wie wird der Reformprozess für eine inklusive Kinder- und Jugendhilfe fortgesetzt? Wie die Qualität in allen Kitas verbessert? Wie Gewalt gegen Frauen, Menschenhandel und Ausbeutung wirksam bekämpft und EU-Richtlinien umgesetzt? Notwendige Reformen im Kindschaftsrecht, Maßnahmen zur Unterstützung von Familien in prekären Lebenslagen, Jugendpolitik oder neue Vorschläge zu Vereinbarkeitsthemen zu Familie, Pflege und Beruf fehlen insgesamt. Somit bleibt abzuwarten, wie konkret und aufrichtig die verschiedenen Anliegen von Familien, Kindern und Frauen in den Koalitionsverhandlungen aufgenommen werden.

Verfasst von: Diakonie Deutschland
Stand: März 2025